

Sehr geehrte Kollegen aus der Verwaltung,

liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,

verehrte Zuhörer und Vertreter der Presse,

heute erspare ich Euch/Ihnen und mir allgemeine Entsetzensbekundungen zur Weltlage, denn was uns vor ein paar Jahren als undenkbar erschien, ist heute Realität und kann problemlos Morgen schon wieder übertroffen werden von neuen Katastrophen. Einige ganz zynische Zeitgenossen behaupten gar, sie wähten sich in der letzten Staffel einer Fernsehserie und der Drehbuchschreiber ersänne immer unwahrscheinlichere Szenarien, nur um es interessant zu halten. Wenn dem so wäre, würden wir gerne einen Antrag auf Genrewechsel stellen: Vom Drama in die Kategorie Komödie oder Schnulze beispielsweise.

Denn: So langsam wird die Krise zur Normalität; die Perspektive verschiebt sich Richtung Alarmmodus. Als wirklich gesichert nehmen wir forthin nur noch an, dass die Sonne jeden Morgen aufgeht und der Rest ist dann eben Verhandlungssache.

Und dafür, dass wir quasi nur noch im Ausnahmezustand operieren und eine große gemeinsame Kopfschüttelfraktion bilden, machen wir unsere Sache hier im Rat doch nicht ganz so schlecht, das muss man ja auch mal fair konstatieren.

Der Haushalt, den wir heute beschließen, ist auch wieder keiner der üblichen.

Es ist der erste, der mit ausgelagerten Eigenbetrieben an den Start geht, deshalb das verringerte Haushaltsvolumen. Die Verwaltung hat hart und leidenschaftlich dafür gekämpft, dass die Eigenbetriebe eingerichtet werden, freilich ohne belastbare Aussagen darüber zu treffen, wie sich diese in Zukunft auf den Haushalt auswirken werden. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob das Konzept ein Erfolg wird oder ob wir im Notfall rückabwickeln müssen. Wir wünschen uns natürlich, dass die Vorteile überwiegen und wir in einem Jahr sagen können: Es war die richtige Entscheidung.

Aber zurück zum Kernhaushalt. Wir sind der Meinung: In diesem Jahr müssen weiter blicken als über 12 Monate, wie es übrigens auch am Montag im Kreistag zu beobachten war.

Eine zähe und unerfreuliche Haushaltsdebatte, aus der die Leichtigkeit und die Diskussionen über Petitessen gewichen sind. Sie wurde abgelöst von dem blanken verzweiferten Willen, den Haushalt und die damit einhergehenden Aufgaben einfach irgendwie fürs nächste Jahr zu retten. Da gab es ganz verschiedene Ansätze, wie wir die gestiegenen Ausgaben decken sollen. Denn diese steigen unaufhörlich und ein Ende ist nicht in Sicht, zum Beispiel mit dem massiven Defizit des Klinikums und den ebenfalls exorbitant gestiegenen Sozialausgaben. Die massive Wirtschafts- und Industriekrise tun ihr Übriges.

Warum erwähne ich das in der Haushaltsdebatte hier im Rat? Völlig klar: Die Kreisumlage bildet einen der großen Ausgabeposten, jeder Prozentpunkt entspricht ca 140.000 €, die wir hier für Stockstadt haben oder nicht haben. Deshalb auch die Bitterkeit am Montag- hier

mussten sich Kreisträte, die fast alle auch ein kommunales Amt in ihren Gemeinden haben, sich selbst in ihrem finanziellen Spielraum beschneiden. Diese gezwungene Schizophrenie ist schwer zu ertragen und nur durch Zufuhr von Beruhigungs-Glühwein zu ertragen. Ich selbst war der Ansicht, durch Verzicht auf diverse Fäzz mit Krigge die Kreisumlage niedriger halten zu können als veranschlagt und habe dem Haushalt nicht zugestimmt; leider ohne Mehrheit.

Ergo müssen wir jetzt mit dem Hebesatz von 52,1% leben und im nächsten Jahr wird halt wieder gerungen und gekämpft.

Eine weitere Erkenntnis aus dem Gespräch mit Kollegen: Wir sind keinesfalls allein mit den unerfreulichen Haushalten. Ein Großteil der Gemeinden operiert wirklich am Limit, auch Bezirk und Kreis als Mitglieder der kommunalen Familie sehen sich Schwierigkeiten ausgesetzt. Die Lage ist fluide und allein das Warten auf Entscheidungen aus Land und Bund oder auch internationale Gegebenheiten machen Planungen nicht einfacher.

Unser Haushalt ist aber nicht NUR schrecklich, es gibt auch Erfreuliches:

Wir können ihn bedenkenlos an die Aufsichtsbehörde schicken und bekommen ihn genehmigt. Das ist eine sehr, sehr gute Nachricht.

Die arbeitende Bevölkerung, die Grundstückseigentümer und unsere Gewerbetreibenden finanzieren wieder mehr als 70% unserer Einnahmen im Verwaltungshaushalt durch Steuern in Höhe von ca. 18 Mio. €

Die beiden größten Ausgabeposten Personalkosten und Kreisumlage mit je um 7 Mio Euro können wir bezahlen.

Wir können eine Mindestzuführung an den Vermögenshaushalt leisten und unseren Investitionsplan finanzieren, davon allerdings mit 7,35 Mio Darlehen, aber finanziert ist erst mal finanziert.

ABER: Was wir mittlerweile auch wissen, deshalb der etwas ungewöhnliche Antrag zum Haushalt aus unserer Fraktion:

In den nächsten Jahren- und wir blicken im Moment nur bis 2028- werden wir mit Anlauf in eine Finanzierungslücke geraten. Bei gleichbleibenden Einnahmen werden wir keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr hinbekommen.

Unser Schuldenstand wird planmäßig auf ca 35 Mio anwachsen; unsere Rücklage auf 1 Mio gesunken sein. Man braucht nicht viel Phantasie, um die Konsequenzen hieraus abzuleiten:

Die Lücke zwischen einer möglichen Zuführung zum Vermögenshaushalt und der Mindestzuführung klafft immer weiter auseinander.

Somit ist für uns klar:

Der heutige Beschluss beschreibt nicht das Ende der Debatte, sondern den Anfang.

Es wird deutlich, was wir seit Jahren anmahnen und was jeder von uns wissen muss:

Für die großen Vorhaben, die laufenden Großinvestitionen, die mehrere Jahre beanspruchen sind Haushaltspläne für je ein Jahr nur bedingt geeignet.

Wir brauchen ein Finanzierungskonzept, das uns über die nächsten Haushalte trägt.

Wir brauchen höhere Einnahmen und niedrigere Ausgaben. Wir brauchen eigentlich einen Perspektivwechsel von: „Was wollen wir haben“ zu „Wie sollen wir das, was wir wollten, bezahlen“.

Das wird hart für uns alle und Härten müssen wir gerecht verteilen, denn wir sind eine Gemeinschaft. Wir im Gemeinderat werden Zumutungen für Bürgerinnen und Bürger beschließen müssen und gleichzeitig kleinere Gestaltungsspielräume haben. Wahrscheinlich müssen wir, ausgerechnet während einer Wirtschaftsflaute, die Unternehmen stärker belasten und die Verwaltung extrem unpopuläre Straffungen vornehmen müssen. Wir wollen ausgewogen handeln; Planungssicherheit herstellen und dies idealerweise im engen Dialog untereinander und in Einigkeit.

Deshalb unser einziger Antrag zum Haushalt:

Wir wollen in Sondersitzungen im Laufe des 2. Quartals 2025 verschiedene Szenarien und Handlungsoptionen ausloten.

Wir haben zu klären, welche mittel- und langfristigen Maßnahmen wir konkret treffen müssen, um den Haushalt in den nächsten Jahren ausgeglichen zu halten. Wir werden sicherstellen, dass wir unsere Pflichtaufgaben zuverlässig erfüllen können und an den freiwilligen Leistungen eventuell den Rotstift ansetzen müssen. Wir werden über Steuern- und Gebührenerhöhungen nachdenken, aber gerecht und mit Augenmaß.

Unser Antrag wurde vom Finanzausschuss wohlwollend beraten und weil wir jetzt die Perspektive haben, die uns wichtigen Punkte anzugehen, werden wir dem Haushalt heute zustimmen.

Es wäre genauso gut möglich gewesen, abzulehnen und zwar mit derselben Begründung, nur umgekehrt. Wir hätten schon früher- vor der Planungsphase für die Grundschule- anfangen müssen, eine Finanzierung zu überlegen, nicht erst jetzt, wo das Projekt schon unumkehrbar vorangeschritten ist. Das wäre eine vorausschauende Politik gewesen. Jetzt sind wir in einer Zwangslage und das ist nie gut.

Auch wenn wir nicht genau wussten, wie hoch die Baukosten sein werden: Wir hätten schon gerne gehört, welche Finanzierung wir gebraucht hätten für z. B. eine Schule für 10, 30 oder

50 Millionen. Welche Finanzierung uns für die laufenden Investitionen Straßen, Tiefbau, Feuerwehr etc pp vorschwebt.

Wir könnten schon für diesen Haushalt verlangen: Legt uns ein Konzept vor, zur Not auch ein radikales. Budgetiert alle Bereiche und kürzt alles gleichmäßig um 20%. Belegt die Verwaltung mit einem Einstellungsstopp. Rechnet uns aus, welche Steuern und Gebühren wir um wie viel erhöhen müssen, ansonsten gibt es keine Zustimmung zum Haushalt.

Das werden wir nicht tun; wir werden gemeinsam arbeiten und Lösungen finden, so wie wir es in unserem Antrag formuliert haben, auch wenn es jetzt halt schon spät ist und wir vor einer geradezu merkelschen Alternativlosigkeit stehen.

Es wird also heute eine Zustimmung aus unserer Fraktion zum aktuellen Haushaltsplanentwurf geben, im nächsten Jahr nur, wenn wir erfolgreich ein solides Fundament für die nächsten Jahre ausgearbeitet haben.

Zum Abschluss noch ein versöhnlicher Gedanke, denn ohne ordentliches Zitat braucht man hier erst gar nicht aufzuschlagen, das ist ja allgemein bekannt:

Von Goethe aus dem Jahr 1907:

„Es ist nicht genug, zu wissen, man muss auch anwenden.

Es ist nicht genug zu wollen, man muss auch tun.“

In diesem Sinne: Herzlichen Dank an alle, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben: Bürgermeister Rafael Herbrich, Kämmerer Wolfgang Berninger, Christian Imhof, den geschäftsführenden Beamten David Bauer, alle Kolleginnen und Kollegen. Es war und ist wie immer ein großes Glück, mit Euch zu arbeiten.

Eure/Ihre FWG- Marktgemeinderatsfraktion

J. Herzog

12.12.2024